Mehr Bergkamener Kinder sollen die Kitas besuchen

Mehr Bergkamener Kinder bis zu sechs Jahren sollen Kitas besuchen. Das ist das erklärte Ziel des Jugendamts. Der Anteil der Mädchen und Jungen, die zuhause bleiben, sei in Bergkamen wesentlich höher als in den vergleichbaren Nachbarstädten, erklärte Jugendamtsleiter Udo Harder am Donnerstag den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses.

Bei den Fünfjährigen sind es laut jüngsten Zahlen rund 10 Prozent von 404 Kindern insgesamt in diesem Jahrgang, bei den Vierjährigen sind es sogar 13,7 Prozent.

Inwieweit die sogenannte „Herdprämie“ eine Rolle spielt, wurde in der Sitzung nicht angesprochen. Doch offensichtlich wartet eine Reihe von Eltern so lange, und das scheint ein weiterer Grund zu sein, bis ihr Nachwuchs einen Platz in dem gewünschten Kindergarten erhalten.

So verwalten acht der 21 Bergkamener Kindergärten eine Warteliste. In einigen gibt es freie Plätze. Dabei kommt es zu solch seltsamen Konstellationen, dass es bei zwei Kitas, die eigentlich Nachbarn sind, bei dem einen eine Warteliste gibt und bei dem anderen freie Plätze.

Positiv ist allerdings, dass es nicht zu Notsituationen kommt. Dann etwa, wenn eine Familie nach Bergkamen zieht, kann das Jugendamt laut Udo Harder in der Regel einen freien Kindergartenplatz anbieten.

Der Betrieb der Bergkamener Kindergärten kostet in diesem Kindergartenjahr etwas mehr als 9 Millionen Euro. Davon steuert das 3,45 Millionen Euro bei. Die Eltern zahlen 1,23 Millionen Euro. 4,4 Millionen Euro zahlt die Stadt aus eigenen Mitteln.

Stadt will’s wissen: Wie sieht die Zukunft des Nordbergs aus?

Die Diskussion über die Zukunft des Nordbergs steht wieder einmal auf der Tagesordnung. Zunächst sind in den nächsten Tagen die Hauseigentümer und Gewerbetreibenden am Zug. Sie erhalten jetzt von der Stadt einen Fragebogen. Danach wird es in jedem Fall eine Bürgerversammlung geben, in der jeder seine Wünsche und Vorstellungen einbringen kann.



Wie kann der Nordberg belebt werden und welche Aufgaben soll die Fußgängerzone künftig wahrnehmen? Anworten darauf sollen jetzt gefunden werden.

„Die Entwicklung des Nordbergs und insbesondere der Präsidentenstraße liegt der Stadt Bergkamen sehr am Herzen“, betont der 1. Beigeordnete Dr. Hans-Joachim Peters. Auch vor dem Hintergrund der umfangreichen Maßnahmen und teilweise hohen Investitionen in den öffentlichen Bereichen, die in der Vergangenheit durch die Stadt durchgeführt wurden (z.B. Umlegung der Parkstraße zur anschl. Ermöglichung des NordbergCenters, Umgestaltung des Marktplatzes, blaues Band, etc.) wird die Entwicklung im Gebäudebestand bzw. deren Nutzungen in diesem Bereich beobachtet. Neben baulichen Veränderungen ändern sich auch die Vorstellungen und Ansprüche der Ladeninhaber, Gewerbetreibenden und Eigentümer.

Aus diesem Grund wird in den kommenden Tagen eine Umfrage bei den betroffenen Gebäudeeigentümern und Geschäftsinhabern zur Zukunft der Präsidentenstraße durchgeführt. Mit einem Fragebogens werden diese nach ihren Vorstellungen und Plänen für die Zukunft ihrer Immobilien bzw. Geschäfte gefragt. Darüber hinaus werden Angaben über die Erwartungen und Einschätzungen der Gesamtlage des Nordbergs erbeten.

„Ergänzend dazu wird die Stadt Bergkamen zu einem späteren Zeitpunkt eine Bürgerversammlung für alle interessierten Bürger zu diesem Thema durchführen“, so Peters weiter.

Die Ergebnisse der Umfrage und der Bürgerversammlung werden für die Diskussion und Erarbeitung von Entwicklungsperspektiven für die Präsidentenstraße sowie die Entscheidungsfindung in den politischen Gremien genutzt. Peters: „Daher hofft das Baudezernat auf eine rege Beteiligung.“

Wer sich den Fragebogen ansehen möchte. kann das hier tun: Fragebogen

SPD informierte sich: Welche Landschaftsräume in Rünthe sind geschützt?

Der SPD Ortsverein Bergkamen-Rünthe war an diesem Wochenende in Klausur im schönen Balve im Sauerland. Der Ortsvereinsvorstand hat sich dort vom Leiter des Fachbereich Umwelt des Kreises Unna, Ludwig Holzbeck, über den Schutzstatus der Landschaftsräume in Rünthe informieren lassen.



Der SPD-Ortsverein Rünthe in Balve

Darüber hinaus hat die Beisitzerin des Ortsvereins Angelika Molzahn das Bewerbungsverfahren zur Fairtrade Town erläutert. Es ist beabsichtigt, dass der Ortsverein das Bewerbungsverfahren unterstützt und fair gehandelte Produkte

wie z. B. Kaffee und Wein anbietet.

Des Weiteren beschäftigte sich der Ortsverein mit seiner Jahresplanung. Der Dämmerschoppen am Hafen und die Jahreshauptversammlung des Ortsvereins sind die herausragenden Ereignisse.

Kreis Unna sieht keinen Bedarf für geplantes Pflegeheim an der Landwehrstraße

Die Pläne der Investoren aus der Nachbarstadt Lünen, die an der Landwehrstraße direkt neben dem geplanten Aldi-Neubau ein Pflege- und Ärztezentrum bauen wollen, sehen und hören sich eigentlich sehr gut an. Hier könnte aber der künftige Pflegebedarfsplan des Kreises Unna einen gründlichen Strich durch die Rechnung ziehen. Falls er am 10. März durch den Kreistag verabschiedet wird, womit gerechnet werden muss, wäre damit amtlich bestätigt, dass es in Bergkamen keinen Bedarf für eine weitere Pflegeeinrichtung gibt. Die Möglichkeit an Fördergelder für dieses Projekt zu kommen, wäre damit für ein Jahr verbaut.



So hätte das geplante Pflegeheim an der Landwehrstraße nach den Vorstellungen der Architekten aussehen können.

Nach dem Entwurf des Pflegebedarfsplans ist Bergkamen sogar überversorgt. Zurzeit verfügen die in der Stadt vorhandenen Pflegeeinrichtungen rechnerisch über einen Überhang von 46 Plätzen. Auswirkungen auf ein von der Stadt Bergkamen nach Antrag durchzuführendes Baugenehmigungsverfahren für neue Pflegeeinrichtungen habe dies aber nicht, heißt es dazu in einer Vorlage für den Haupt- und Finanzausschuss am 4. März und für den Ausschuss für Familie, Soziales, Gesundheit und Senioren am 24. März. Es sei jedoch davon auszugehen, dass Investoren bei Ausbleiben einer Förderzusage von der Realisierung geplanter Projekte absehen werden.

Mit dem bisher geplanten Pflegeheim sind weitere Investitionen zwischen der Geschwister-Scholl-Straße und der Büscherstraße vorgesehen. Zusätzlich sollen südlich des neuen Aldi-Gebäudes ein Ärztezentrum und Gebäude fürs betreute Wohnen entstehen. Diese Pläne hatten Anfang Dezember 2014 der Architekt und der Projektentwickler im Stadtentwicklungsausschuss ausführlich vorgestellt

Dass durch das neue Haus mit 80 Betten in 80 Einzelzimmern für die anderen sechs Pflegeeinrichtungen in Bergkamen eine unangenehme Konkurrenzsituation entstehen könnte, verneinten sie. Die bereits vorhandenen Seniorenheime verfügten über 499 Betten und seien sehr gut ausgelastet. Bereits jetzt lebten in Bergkamen 8968 Einwohner, die älter als 65 Jahre seien. Hinzu komme, dass ab 2018 laut einer Gesetzesänderung höchstens 20 Prozent der Heimplätze sich in Doppelzimmer befinden dürften.

Gruppenraum der Jahnschule hat Schieflage – Schulgebäude steht aber sattelfest

Kursierenden Gerüchten, die Jahnschule wäre möglicherweise einsturzgefährdet, traten am Donnerstag im Stadtrat Bürgermeister Roland Schäfer, 1. Beigeordneter und Baudezernent Dr. Hans-Joachim Peters und die fürs Schulwesen zuständige Beigeordnete Christine Busch entgegen.

Fakt sei, dass ein Gruppenraum im Obergeschoss eine Schieflage aufweise, erklärte Christine Busch. Die Sperrung sei im April 2014 vorsorglich erfolgt. Dass das Schulgebäude an sich standfest und damit sicher sei, sei schon daran zu erkennen, dass die Decke des Gruppenraums diese Schieflage nicht aufweise.

Ein Statiker hat inzwischen festgestellt, dass der Schaden Folge eines Baumangels ist. Bergbauliche Einflüsse sein auszuschließen. Für die Verwaltung bedeutet dies, dass die Reparaturkosten in Höhe von geschätzten 65.000 Euro aus der Stadtkasse gezahlt werden müssen.

Die Verwaltung sucht jetzt nach Möglichkeiten, ob die Schadensbehebung auf preiswerte zu haben ist. Das Ergebnis der Prüfung soll Mitte März vorliegen. Dann wird auch die Jahnschule Klarheit haben, ob ihr dieser dringend benötigte Gruppenraum mit Beginn des neuen Schuljahres zu Verfügung steht. Notwendig ist der Raum deshalb, weil die Schule keine „Wanderklassen“ einrichten kann. Das verbietet schon die Aufnahme eines Kindes, das mit einem Rollstuhl unterwegs ist und deshalb auch nur in Klassenräumen im Erdgeschoss

unterrichtet werden kann.

Christine Busch betonte, dass alles getan werde, damit die Jahnschule wie vorgesehen mit drei neuen Schulanfängerklassen nach den Sommerferien an den Start gehen kann. Das würde nämlich für die neuen ABC-Schützen in Oberaden ein ganz entspanntes Lernen ermöglichen. Die Klassenfrequenzen sind in diesem Stadtteil für die neuen Eingangsklassen mit 18 Schülern an der Preinschule und mit maximal 22 Schülern an der Jahnschule sehr komfortabel.

Neues Zentralbad wäre für beide Städte die wirtschaftlichste Lösung

Viel Neues hat die Info-Veranstaltung der SPD-Fraktion über die Zukunft der GSW-Bäder zwar nicht gebracht, doch immerhin bei einigen Aspekten Klarheit. So genießt der Schulsport nach Auffassung aller Beteiligten, oberste Priorität.



Das Interesse an der Info-Veranstaltung der SPD-Fraktion zur Zukunft der

GSW-Bäder am Mittwochabend
im Treffpunkt war groß.

Dass muss er auch, weil nach den Vorgaben des Landes die Gemeinden dazu verpflichtet sind, ihn laut den Lehrplänen zu ermöglichen. Das geschehe vor Ort bauch vorbildlich, lobte Frank Buchholz. Er ist nicht nur Sportlehrer am Gymnasium, sondern kennt als Fachleiter in der Lehrerausbildung die Lage in anderen Kommunen. Da bleiben oft von einer Doppelstunde dank langer Anfahrtswege nur 20 Minuten im Wasser übrig. Regulärer Schwimmunterricht sei da gar nicht mehr möglich.

Zweite Priorität hat der Vereinssport, die nächst größere Nutzergruppe. Hier möchten die GSW auch keine Abstriche machen, wenn auch manche Verein etwa wegen der Verlegung von Trainingszeiten nicht ganz glücklich sein wird, wie GSW-Geschäftsführer Jochen Baudrexl betonte.

Für die GSW sind der Schul- und Vereinssport eine sichere Einnahmequelle. Etwas mehr als eine Million Euro überweisen die Städte Kamen und Bergkamen an das kommunal Unternehmen als „Miete“. Da nehmen sich die 169.000 Euro an Eintrittsgeldern, die von „normalen“ Schwimmbadbesuchern gezahlt werden, eher bescheiden aus.

Jährliche Verluste von 6 Mio. Euro



GSW-Geschäftsführer Jochen Baudrexl stand im

Treffpunkt zum Thema „Bäderlandschaft“ Rede und Antwort (rechts Fraktionsgeschäftsführerin Julia Rehers, links SPD-Fraktionschef Bernd Schäfer)

Unterm Strich bleibt ein jährlicher Verlust von 6 Millionen Euro, den die GSW laut Baudrexl nicht mehr lange tragen kann. Er ließ keine Zweifel aufkommen, dass die wirtschaftlichste Lösung der Neubau eines Zentralbades für Kamen und Bergkamen sei. Dabei könne es möglich sein, dass auch dann die Bäder in Heeren und Methler weiterhin Bestand haben, weil sie die geringsten Verluste einfahren.

Wie nun ein neues Zentralbad alle Nutzerinteressen – auch der gesundheitsbewussten Bürgerinnen und Bürger – unter ein Dach zu bringen sind, soll nun ein weiteres Gutachten ermitteln. Und da noch zweifelhaft ist, ob solche ein Zentralbad politisch und von den Bürgern gewünscht wird, wird der Gutachter auch die Variante mit zwei neuen Bädern in Kamen und Bergkamen durchrechnen. Dafür sollen jetzt für bei Städte Anforderungsprofile erstellt werden. Der Vorsitzende des Stadtsportverbandes Dieter Voigt forderte die Vereine auf, sich daran zu beteiligen.

Etwas verloren unter all den Wassersportlern kamen sich wohl die Vertreter der Eishockeyvereine vor. Da bestehen wohl große Existenzängste, wie die ehemalige Deutsche Meisterin und Gewinnerin des Deutschen Damen-Eishockeypokals Traudel Maluga zu verstehen gab. Doch das Thema Eissporthalle wird erst laut Baudrexl erst in einem zweiten Schritt angegangen, wenn das neue Bäderkonzept steht.

Vermutlich verbessern sich die Chancen für den Weiterbetrieb der Eissporthalle, die jährlich auch einen Verlust von 500.000 Euro einfährt, mit dem Bau eines Zentralbades. Dann nämlich,

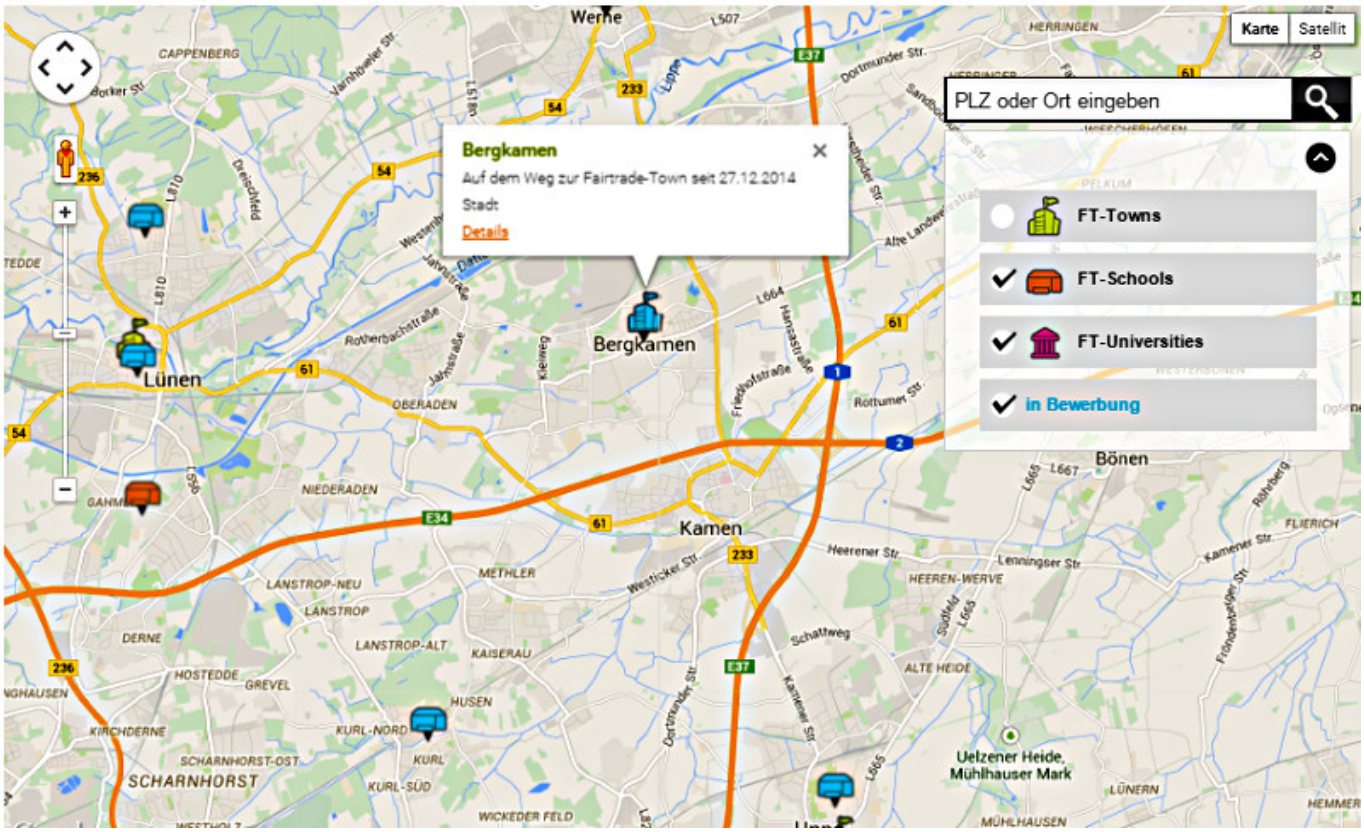
wenn die Verluste bei den Bäder heruntergeschraubt werden. Und noch besser wird es, wenn dieses Zentralbad direkt neben der Eishalle gebaut wird, weil dann beide Sportanlagen in einem Energieverbund gefahren werden könnte.

Baudrexl beschwor am Mittwochabend bei der Suche nach einer Lösung für das Bäderproblem den „interkommunalen Geist“, der zur Gründung der Gemeinschaftsstadtwerke geführt habe. Zu vermuten ist, dass die „Neuordnung der Bäderlandschaft“ das Ergebnis eines Rechenexempels sein wird. Sowohl Bergkamen als auch Kamen, die gleichermaßen finanzielle Not leiden, brauchen die Einnahmen aus der GSW-Gewinnausschüttung dringend – je mehr umso besser.

Fairtrade-Town steht auch für den Kampf gegen ausbeuterische Kinderarbeit

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 5. März werden sich die Mitglieder des Gremiums mit dem Thema „Fairtrade-Town“ beschäftigen. Im vergangenen Jahr hat der Rat den Beschluss gefasst, dass sich Bergkamen um den Titel „Fairtrade-Town“ bewirbt.

Übersicht Fairtrade Towns, Schools & Universities in Deutschland



Ziel ist es, auf kommunaler Ebene den Fairen Handel zu fördern, um zunehmend das Bewusstsein für gerechte Produktionsbedingungen sowie soziale und umweltschonende Herstellungs- und Handelsstrukturen in Entwicklungsländern zu schaffen. „Neben einer gerechten Bezahlung für Kleinbauernfamilien und Plantagenarbeitern, die beispielsweise Kaffee anbauen, steht für mich das Verbot von ausbeuterischer Kinderarbeit im Mittelpunkt“, mahnt der Jugendhilfeausschussvorsitzende Thomas Semmelmann an, der die Angelegenheit deshalb auf die Tagesordnung gesetzt hat.

In Deutschland ist die gewerbliche Beschäftigung von Kindern per Gesetz verboten. In den Entwicklungsländern ist das eher die Ausnahme. Darauf aufmerksam gemacht hat bereits die Magna Charta Ruhr.2010, der im Rahmen der Europäischen Kulturhauptstadt Ruhr.2010 auch die Stadt Bergkamen beigetreten ist. „Es geht nicht nur darum, den fair gehandelten Produkten beim Kauf den Vorrang zu geben, sondern auch darum auf die Probleme der Kinderarbeit aufmerksam zu machen“, so Semmelmann. Die Mitglieder

des Jugendhilfeausschusses vertreten Vereine, Verbände und Organisationen der angesprochenen Zielgruppe Kinder und Jugendliche. Darüber hinaus sind sie wichtige Multiplikatoren.

Angestoßen von der evangelischen Kirche arbeitet die Steuerungsgruppe „Fairtrade-Town-Bergkamen“ seit fast einem Jahr an der Bewerbung. In der Ausschusssitzung werden zwei Mitglieder die Arbeitsergebnisse, das Bewerbungsprozedere vorstellen und einen Ausblick geben wie die Arbeit weitergeht.

Weitere Infos unter http://www.fairtrade-towns.de.

Lindenweg: Nur noch Tempo 7 für Anlieger auf dem Westteil

Für eine Reihe motorisierter Verkehrsteilnehmer wird es jetzt auf dem Lindenweg in Weddinghofen ernst: Einstimmig hat der Ausschuss für Bauen und Verkehr beschlossen, dass die gesamte Straße deutlich für alle erkennbar zur Anliegerstraße wird. Zudem will die Stadt mit der Polizei über Geschwindigkeitskontrollen im westlichen Teil reden – und zwar nach den verschärften Bedingungen einer „verkehrsberuhigten Straße. Dort sind lediglich 7 km/h erlaubt.



Der westliche Teil des Lindenwegs weist Straßenschäden auf. Künftig soll hier auch ein Schild „Durchfahrt verboten/Anlieger frei“ stehen.

Diese Tempolimitierung hatte die Verwaltung bisher offensichtlich etwas „lockerer“ gesehen. 1. Beigeordneter Dr. Hans-Joachim Peters erklärte, dass die Beschilderung den westlichen Teil des Lindenwegs als „verkehrsberuhigt“ ausweist, der Ausbauzustand aber nicht diesem Standard entspreche. Autofahrer sähen sie deshalb als Tempo 30-Zone an.

Das haben auch Messungen der Stadt ergeben. „85 Prozent der Autofahrer fahren langsamer als 35 km/h“, berichtete der Beigeordnete. Ein anderes Messergebnis wird bei Anliegern anderer viel befahrener Straßen eher ein Lächeln hervorrufen: In Spitzenzeiten durchfahren 120 Pkw pro Stunden diesen Abschnitt des Lindenwegs, im Durchschnitt sind es 48.

Doch auch diese auf den ersten Blick moderaten Werte sind den Anliegern zu viel. Grund sind die massiven Schäden des Straßenpflasters, die nervenden Lärm erzeugen, wenn zu schnell über sie gefahren wird. Geplant ist, 2016 oder 2017 das Pflaster durch Asphalt zu ersetzen. Das wird rund 140.000 Euro kosten. Als schnelle Maßnahme ist jetzt vorgesehen, den gesamten Lindenweg als Anliegerstraße auszuweisen und die schlimmsten Schäden im Westteil punktuell vorab zu beheben.

Inzwischen vor auch ein neutraler Gutachter vor Orts gewesen. Er bescheinigt, dass weder der Planer, ein Bergkamener Ingenieurbüro, noch die ausführende Firma Fehler begangen hätten. Verursacht wurden die Schäden durch den Lkw-Verkehr. Dafür die Straße vorzubereiten, wäre vor acht Jahren, als der Westteil des Lindewegs eine Pflasterung erhielt, ungleich teurer geworden.

Bei zwei Ortsterminen mit der SPD- und der CDU-Fraktion wurde klar, dass die Anlieger vor der großen Baumaßnahme gern in die Planung mit einbezogen werden möchten. Denn sie haben noch ein paar andere Wünsche. Dazu gehört zum Beispiel, dass Bürgersteige und Fahrbahn wieder klar getrennt werden. Hier erklärte Dr. Peters, dass dann die Baumaßnahme viel teurer werden würde als die bisher veranschlagten 140.000 Euro.

Diskussionsbedarf gibt es auch bei der Einfahrt von Schulstraße in den Lindenweg. Nach Meinung der Anlieger ist sie zu eng und müsste breiter werden. Hier forderte aber Ortsvorsteher Dirk Haverkamp, dass auf die Bordsteine am östlichen Gehweg der Schulstraße nicht verzichtet werden könne, weil sonst die Sicherheit der Fußgänger nicht gewährleist werden. Diese Bordsteine sorgen dafür, dass Autofahrer dort insbesondere bei Gegenverkehr nur sehr vorsichtig in den Lindenweg einfahren können.

Aller Voraussicht nach, wird der Haupt- und Finanzausschuss den Beschluss des Bau- und Verkehrsausschusses bestätigen.

Mittmann: Bergkamener SPD befürwortet Fortsetzung von JeKi-Instrumentalunterricht

Die SPD-Fraktion im Bergkamener Stadtrat begrüßt die Bewerbung der Stadt Bergkamen für die Teilnahme am Nachfolgeprojekt des Landes NRW für „Jedem Kind ein Instrument“.



Kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Dieter Mittmann

„Die SPD-Fraktion befürwortet eine Teilnahme an dem Landesprogramm JeKits. Die Schülerinnen und Schüler der Bergkamener Grundschulen nehmen das Vorgängerprogramm JeKi, welches im Sommer 2018 für die derzeit teilnehmenden Kinder auslaufen wird, sehr gut an. Eine Möglichkeit zur Teilnahme am vom Land geförderten Nachfolgeprogramm JeKits möchten wir auch für die zukünftigen Jahrgänge bieten.“, so der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dieter Mittmann. JeKi und das Nachfolgeprogramm JeKits bieten Grundschulkindern die Möglichkeit, zunächst verschiedene Instrumente kennen zu lernen und im Anschluss ein Instrument zu erlernen.

Derzeit profitieren in Bergkamen insgesamt 744 Grundschülerinnen und Grundschüler von dem Landesprogramm JeKi, welches für die momentan teilnehmenden Kinder fortgesetzt wird. Mit Beginn des Schuljahres 2015/2016 startet für die zukünftigen Erstklässler das neue Programm JeKits, an welchem sich alle Bergkamener Grundschulen mit dem Programmpunkt Instrumentalspiel beteiligen möchten. Auch die Verwaltung, insbesondere die Musikschule der Stadt Bergkamen, hat sich für eine Bewerbung ausgesprochen.

Die Bewerbung der Stadt Bergkamen am Nachfolgeprogramm JeKits wird der Kulturausschuss in seiner kommenden Sitzung am

17.02.2015 behandeln.

Von Seiten des Landes sollen die bereits an JeKi beteiligten Kommunen im Ruhrgebiet privilegiert berücksichtigt werden. Das neue Landesprogramm JeKits bietet im Gegensatz zum Vorgängerprogramm eine Teilnahmemöglichkeit für alle Kommunen in NRW. JeKi war zunächst allein auf das Ruhrgebiet begrenzt.

Treffen der Umweltgewerkschaft

Zu ihrem ersten Treffen nach der Eintragung lädt die Regionalgruppe Ruhrgebiet Ost der Umweltgewerkschaft am Dienstag, 24. Februar, um 19.30 Uhr in das Go In nach Bönen ein.

Auf der Tagesordnung steht die Jahresplanung und Aufgabenverteilung innerhalb der Regionalgruppe sowie die Wahl des Kassenwartes an.

Bundestagsabgeordneter Kaczmarek besucht Gymnasium

Der Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek besucht am kommenden Freitag, 13. Februar, den neunten Jahrgang des Städtischen Gymnasiums Bergkamen.

52 Neuntklässlerinnen und Neuntklässler waren Ende Januar für

fünf Tage zu Gast in der Bundeshauptstadt. Auf dem Programm stand auch ein Besuch im Bundestag. Da Oliver Kaczmarek die Gruppe aus der Heimat nicht persönlich begrüßen konnte, wird das Treffen nun im Pädagogischen Zentrum des SGB nachgeholt. In der rund 90-minütigen Gesprächsrunde können die Pennäler ihre Fragen rund um Kaczmareks Arbeit als Bundestagsabgeordneter stellen, aber auch Diskussionen um aktuelle politische Themen führen.